

Linienbus krachte in Garten: Lenker verletzt

Unfall.

Ein Linienbus ist am Donnerstag in der Früh in Neunkirchen von der Straße abgekommen, durchschlug eine Mauer und kam im Garten zum Stillstand. Es befanden sich laut Polizei keine Passagiere in dem Fahrzeug, der 49-jährige Fahrer wurde mit Verletzungen in das Landeskrankenhaus Wiener Neustadt gebracht. Die Ursache des Unfalls war zunächst unklar, ein Alkotest beim Lenker verlief negativ.



ENSATZDOURU

Stadtratswahl gekippt: Landtag repariert Gesetzeslücke

Groß Gerungs. VfGH erzwingt Änderung der NÖ Gemeindeordnung

VON MARTIN GEBHART UND TERESA STURM

Die Stadt Groß Gerungs im Bezirk Zwettl hält die Landespolitik derzeit auf Trab. In einer Spontanaktion haben sich deswegen ÖVP und SPÖ diese Woche gefunden, um im Landtag die Gemeindeordnung und das Stadtrechtsorganisationsgesetz zu ändern. Der Hintergrund: Der Verfassungsgerichtshof (VfGH) hat in der Stadt mit knapp unter 5.000 Einwohnern die Wahl der Stadträte aufgehoben. Das muss jetzt auf Landesebene repariert werden.

Ausgangspunkt war die Gemeinderatswahl Ende Jänner. Da hatte Bürgermeister Maximilian Igelsböck mit seiner ÖVP die absolute Mehrheit (68 Prozent) ganz eindeutig erreicht. Die Zu-

sammensetzung des Stadtrates wurde schließlich – wie gewohnt – mithilfe des d'Hondtschen Verfahrens ermittelt. Mit dem Ergebnis, dass alle fünf Stadtratsposten der ÖVP zugefallen sind.

Wirbel auch in Tulln

Die Bürgerliste Germs und die FPÖ haben diese Entscheidung beim VfGH bekämpft und recht erhalten. Die obersten Richter erklärten, dass die Zusammensetzung nicht nach dem d'Hondtschen System, sondern nach dem Verhältnis der Parteisummen zu erfolgen hat. Mit dem Ergebnis, dass die ÖVP zwei Stadtratsposten an die FPÖ und die Bürgerliste abgeben musste.

Der Spruch sorgte in ganz NÖ für Aufregung, weil bislang immer das d'Hondtsche System angewendet



ÖVP-Bürgermeister Maximilian Igelsböck

worden ist. Prompt meldete sich auch die FPÖ in der Stadt Tulln zu Wort. Deren Gemeinderat Andreas Bors beansprucht nun ÖVP-Stadtratsposten für die FPÖ und die Neos. Wenn ÖVP-Bürgermeister Peter Eisenschek das miteinander so wichtig sei, dann solle er diese beiden Fraktionen doch ins Stadtrats-Boot holen.

In Tulln konterte ÖVP-Stadtrat Peter Höckner, dass der Fall Groß Gerungs keine Auswirkungen auf die Do-

FOTOSTUDIO BAUMGARTNER

naustadt habe. Auf Landesebene haben ÖVP und SPÖ bereits einen gemeinsamen Antrag formuliert, um diese Unsicherheit zu beenden.

Demnach wird nun in den entsprechenden Verfassungsbestimmungen auf den Paragraphen 53 der NÖ Gemeinderatswahlordnung verwiesen, der die Aufteilung der Mandate genau regelt. Mit anderen Worten: Für den Verfassungsgerichtshof werden somit die Bestimmungen klargestellt und präzisiert. Beim grundsätzlichen Zugang zur Verteilung der Mandate ändert sich nichts. Wie sich dieser Schritt auf die aktuelle Situation im Gemeinderat der Waldviertler Stadt Groß Gerungs auswirken wird, ist aber wegen des Fristenlaufes des neuen Landesgesetzes noch nicht ganz geklärt.

Drive-in-Teststationen werden aufgestockt

Negativrekord mit 1.053 neuen Fällen

NÖ. Täglich neue Höchstwerte bei den Covid-Infizierten überschatteten das Treffen von Niederösterreichs Gesundheitslandesrätin Ulrike Königsberger-Ludwig (SPÖ) mit Gesundheitsminister Rudolf Anschober (Grüne) am Mittwoch. Den erstmaligen Sprung bei den Neuinfizierten über die 1.000er-Schwelle – es waren 1.053 Fälle binnen 24 Stunden – beurteilte die Landesrätin am Donnerstag als sehr bedenklich. „Mit der unbedingten Einhaltung der neuen Vorgaben müssen wir die Zahl der Neuinfektionen herunter bringen“, appellierte sie.

Dem Treffen mit Anschober ging eine Videokonferenz mit allen Gesundheitsreferenten der Bundesländer voraus. „Das Hauptthema war die in der Corona-Verordnung vom Bund verlangte Schnelltestung der Mitarbeiter von Pflegeeinrichtungen“, so Königsberger-Ludwig. Die Anwen-

dung der von Anschober beschafften Antigentests durch das Heimpersonal selbst sollte machbar sein, sagte Königsberger-Ludwig. Um dem generell rasch wachsenden Bedarf an Tests in NÖ zu bewältigen, kündigte sie im KURIER-Gespräch den Ausbau der Drive-in-Station in Amstetten/Hart mit einer zweiten Teststraße an. Weiters stehen in Schwechat und Korneuburg zwei neue winterfeste Stationen vor der Eröffnung.

Mit Anschober besprach die Landesrätin noch spezielle Sozialthemen. So bräuchte die Kinder- und Jugendhilfe bei der beruflichen Fortbildung ihrer Schützlinge dringend eine Co-Finanzierung des Bundes. Im Sozialhilfegesetz machte die Landesrätin Anschober auf Niedriglohempfeänger aufmerksam, die im Fall von Corona-Sozialplänen für Firmen benachteiligt seien. **WOLFGANG ATZENHOFER**

Minister Anschober und Landesrätin Königsberger-Ludwig besprachen abseits von Corona auch Soziales



BÜRO LR KÖNIGSBERGER-LUDWIG

229 Meter hohe Windräder sorgen jetzt für Spannungen

Beschwerde wird nun vom Land geprüft

St. Pölten. „Der Schildberg“, sagt Ernst Holovsky, „ist ein wunderbarer Wald. Jetzt wird er zerstört.“ Holovsky wohnt in Böheimkirchen im Bezirk St. Pölten. Auf dem Gemeindegebiet sollen zwei 229 Meter hohe Windräder errichtet werden, auf St. Pöltner Gebiet eines. Etwas mehr als vier Hektar werden dem Projekt wohl weichen müssen, gemeinsam mit der Umweltorganisation „Alliance For Nature“ will er das Vorhaben nun bekämpfen.

Die Geschichte des Projektes reicht allerdings viel weiter zurück. Denn bereits im Jahr 2013 wurden erste Pläne gewälzt, ein Jahr später die Bevölkerung informiert. „Es ist alles wirklich sehr transparent abgelaufen“, erzählt Bürgermeister Johann Hell. Zudem seien auch die Bürger befragt worden, 462 Menschen machten mit. Das Ergebnis: 61 Prozent sprachen sich für eine Errichtung der Anlage aus, 39 Prozent dagegen. Auch das notwendige UVP-Verfahren wurde bereits positiv abgeschlossen. Gebaut wurde dennoch nicht. Das lag daran, dass die notwendigen Fördermittel nicht vorlagen.

Einsprüche

Nun soll es an die Umsetzung gehen, dafür mussten allerdings Änderungen eingereicht werden. Die Windräder sind nun etwas höher, müssen versetzt werden. Genau hier wollen die Gegner ansetzen. „Wir



Bürgermeister Johann Hell verteidigt das Vorhaben

SPÖ BÖHEIMKIRCHEN

haben Einwendungen gegen das Projekt eingebracht, diese werden nun geprüft“, berichtet „Alliance For Nature“-Generalsekretär Christian Schuböck. Er befürchtet, dass durch den Bau der Windräder das Landschaftsbild zerstört wird.

Bürgermeister Hell will diese Argumente nicht gelten lassen. „Es gibt Ersatzflächen, der Wald wird neu aufgeforstet. Und zwar um vieles mehr, als abgeholzt werden muss.“ Auch EVN-Sprecher Stefan Zach betont die Sinnhaftigkeit des Projektes. „Damit kann Öko-Strom für rund 9.400 Haushalte erzeugt werden.“

Die Böheimkirchner Grünen stehen grundsätzlich ebenfalls hinter dem Vorhaben. „Natürlich muss man aber auch die Sorgen mancher verstehen und ernst nehmen. Aber es wurden die Bürger befragt und es gab eine Zustimmung dafür“, sagt Gemeinderätin Margareta Dorn-Hayden. **JOHANNES WEICHART**

Verlautbarung der Bezirkshauptmannschaft Wiener Neustadt

WBW2-M-0421/004 über die obertägige Gewinnung grundeigener mineralischer Rohstoffe

Die Hans Zöchling Gesellschaft m.b.H. hat um Bewilligung für die Herstellung einer obertägigen Bergbauanlage (Sprengmittellager im Dolomitabbau „Kogel“) auf dem Grundstück Nr. 542/2, KG Rohr im Gebirge, Gemeinde Rohr im Gebirge, angesucht.

Im Verfahren nach § 119 des Mineralrohstoffgesetzes wurde für 07.12.2020 um 14:00 Uhr eine mündliche Verhandlung anberaumt.

Treffpunkt: Gemeindeamt Rohr im Gebirge, 2663 Rohr im Gebirge, Nr. 25

Auf das verpflichtende Tragen von einem Mund-Nasen-Schutz wird hingewiesen!

Die Projektunterlagen liegen bei der Bezirkshauptmannschaft Wiener Neustadt während der Parteienverkehrszeiten zur Einsichtnahme auf. Für die Einsichtnahme ist es erforderlich, einen Termin zu vereinbaren.

In diesem Verfahren haben auch Nachbarn Parteistellung. Sie verlieren jedoch ihre Stellung als Partei, wenn sie nicht spätestens am Tag vor Beginn der mündlichen Verhandlung bei der Bezirkshauptmannschaft Wiener Neustadt während der Amtsstunden oder während der Verhandlung Einwendungen erheben. Eine Vertretung durch bevollmächtigte Personen ist möglich.

Rechtsgrundlage

§ 119 des Mineralrohstoffgesetzes - MinroG.

Der Bezirkshauptmann
Mag. Sauer

Verlautbarung der Bezirkshauptmannschaft Wiener Neustadt

WBW2-M-201/001 über die obertägige Gewinnung grundeigener mineralischer Rohstoffe

Die Mayer & Co GmbH hat um Genehmigung des Gewinnungsplans für die obertägige Gewinnung grundeigener mineralischer Rohstoffe auf dem Grundstück Nr. 513/110 und auf Teilflächen der Grundstücke Nr. 513/109 und 514/1, KG Theresienfeld, Gemeinde Theresienfeld, angesucht.

Im Verfahren nach § 116 des Mineralrohstoffgesetzes wurde für 07.12.2020 um 09:00 Uhr eine mündliche Verhandlung anberaumt.

Treffpunkt: Gemeindeamt 2604 Theresienfeld, Hauptplatz 1

Auf das verpflichtende Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes wird hingewiesen!

Die Projektunterlagen liegen bei der Bezirkshauptmannschaft Wiener Neustadt während der Parteienverkehrszeiten zur Einsichtnahme auf. Für die Einsichtnahme ist es erforderlich, einen Termin zu vereinbaren.

In diesem Verfahren haben auch Nachbarn Parteistellung. Sie verlieren jedoch ihre Stellung als Partei, wenn sie nicht spätestens am Tag vor Beginn der mündlichen Verhandlung bei der Bezirkshauptmannschaft Wiener Neustadt während der Amtsstunden oder während der Verhandlung Einwendungen erheben. Eine Vertretung durch bevollmächtigte Personen ist möglich.

Rechtsgrundlage

§ 116 des Mineralrohstoffgesetzes - MinroG.

Der Bezirkshauptmann
Mag. Sauer